

*Die Kammer hat nach der Sommerpause zwar schon die Arbeit aufgenommen, doch offiziell wird das letzte politische Jahr der laufenden Legislatur erst an diesem Montag mit der Rede des Premierministers zur Lage der Nation eröffnet. Ostbelgiens einzige föderale Abgeordnete, Katrin Jadin (MR-PFF), hat für die kommenden Monate noch einiges auf der Pfanne. Es durchzubekommen, wird nicht einfach.*

Die Eupenerin gehört mit elf Dienstjahren (in der Mehrheit) inzwischen schon zu den erfahreneren Mitgliedern der Kammer. Drei Mal wurde sie seit 2007 auf Platz 2 der Lütticher MR-Liste mit jeweils rund 20.000 Vorzugsstimmen gewählt, und auch bei den Föderalwahlen im nächsten Jahr will sie wieder dabei sein: „Egal, was bei der Eupener Gemeinderatswahl am 14. Oktober passiert (Jadin drückt die lokale PFF-Liste, A.d.R.), ich werde meine Chance Ende Mai wahrnehmen“, sagt sie uns, als wir sie im ehrwürdigen Lesesaal des Abgeordnetenhauses treffen, kurz vor einer Fraktionssitzung. Ob sie im Wahlkreis Lüttich wieder einen aussichtsreichen Listenplatz – womöglich mit Pensionsminister Daniel Bacquelaine als Spitzenkandidat – bekommt, steht noch in den Sternen. Eine Selbstverständlichkeit ist es jedenfalls nicht. „Das hängt von der Strategie der MR ab“, vermeidet sie jegliche Prognose.

Bis dahin hat Jadin in der Kammer noch einiges in petto. In erster Linie will sie „begonnene Projekte zu Ende bringen“. Zu den wichtigsten Dossiers gehören die Verbesserung des Statuts der Freiwilligen Feuerwehr, die Erhöhung des Steuerfreibetrags für Freiwillige Feuerwehrleute auf 6.000 Euro, das Bemühen um den Bau eines neuen gemeinsamen Polizeigebäudes für die lokalen und föderalen Dienste in Eupen (momentan sucht die Gebäuderegie einen passenden Standort für ein solches Millionenprojekt) und der Abschluss der Reform des Gesellschaftsgesetzbuches. Nicht zuletzt will die 38-jährige Vollblutpolitikerin die Krankenhausreform der liberalen Gesundheitsministerin Maggie De Block (Open VLD) im Auge behalten. „Ende dieses Jahres werden wir wissen, in welches Verbindungsnetz die einzelnen Krankenhäuser im Land aufgenommen werden. Wenn Ostbelgien seine beiden Krankenhäuser behalten will, müssen diese auf jeden Fall enger zusammenarbeiten“, beteuert Jadin, die die Reform an sich begrüßt: „Es ist nicht mehr haltbar, dass jedes Krankenhaus weiterhin jede medizinische Dienstleistung anbietet. Gleichzeitig aber darf der primäre Zugang zu diesen Dienstleistungen auch in ländlichen Gegenden nicht verloren gehen.“

Eine letzte Sitzungsperiode verlangt von den Kammerabgeordneten, dass sie sich mehrheitlich auf eine Liste von Verfassungsartikeln einigen, die nach den Neuwahlen freigegeben werden können und möglicherweise eine weitere Staatsreform einleiten. Diese sogenannte Erklärung zur Verfassungsrevision genießt im politischen Handeln der PFF-Abgeordneten nur eine zweitrangige Bedeutung hinter „wichtigeren Themen wie Finanzierung der Pensionen, Beschäftigungspolitik und Steuerentlastung“. „Zwangsläufig werden im Rahmen der Verhandlungen über diese Erklärung Diskussionen aufbrechen, die jetzt vier Jahre lang auf Eis lagen“, so Jadin. „Und wenn es so weit ist, werde ich zu gegebener Zeit unsere klassischen Forderungen, die in PDG-Resolutionen festgeschrieben sind, an die MR-Fraktion herantragen. An erster Stelle aber gilt es jetzt, die neuen regionalen Zuständigkeiten in Eupen zu verdauen und verwaltungstechnisch einzubetten. Mit der Unterstützung der Liberalen hat der Autonomieausbau der DG einen Schub erhalten.“

Eine siebte Staatsreform steht bei Jadin nicht auf der Wunschliste.

Ein Klassiker ist die Forderung nach einer garantierten Vertretung der Deutschsprachigen in der Kammer, „die ich wieder vortragen werde“, sagt die Eupenerin, wohlwissend, dass die Chancen auf einen garantierten Sitz gegen Null tangieren. „Auch wenn ich im Wahlbezirk Lüttich gewählt bin – und nicht nur in Ostbelgien –, ist es meine Pflicht, mich in der Kammer für die Belange der Deutschsprachigen einzusetzen und die Augen aufzuhalten, wenn sich institutionelle Veränderungen anbahnen.“ Eine siebte Staatsreform steht bei Jadin fürwahr nicht auf der Wunschliste. Im Gegenteil. „Wenn sie denn doch kommt, werden wir sie in der DG, unabhängig von unseren Forderungen, mittragen müssen.“ Statt der weiteren Übertragung föderaler Zuständigkeiten an die Teilstaaten würde Jadin lieber eine Reföderalisierung gewisser Befugnisse (Rückübertragung an den Föderalstaat) sehen: Dazu gehören ihrer Meinung nach die Führerscheine, der Außenhandel und die Gesundheitsprävention.

Ihre dritte Legislatur in der Kammer ist die schwierigste von allen.

Die Föderalregierung hat im letzten Jahr noch einige heiße Eisen zu schmieden, wobei durchaus die Gefahr besteht, dass sie sich die Finger verbrennt: darunter der Ersatz für die F-16-Kampfflugzeuge, die Privatisierung der Staatsbank Belfius mit der damit verbundenen Entschädigung der Arco-Investoren sowie die Rentenreform (Liste der schweren Berufe). Jadin ist nicht ausgesprochen optimistisch, was die erfolgreiche Behandlung dieser Themen angeht. „Nach dem 14. Oktober werden wir uns in einer anderen Welt befinden. Die Stimmung in der Koalition wird nicht gut genug sein, um solch schwierige Dossiers durchzubekommen. Das gilt auch für die Dinge, die ich noch vorhabe.“

Seit elf Jahren gehört Katrin Jadin dem Abgeordnetenhaus an, und die laufende Legislatur ist die schwierigste von allen. „Das gilt für die gesamte MR, die den Premier stellt und als einzige frankophone Partei in der Mehrheit sitzt und somit alleine der frankophonen Opposition ausgesetzt ist.“ Generell hätten die Nervosität in der Kammer und die Anforderungen an die Abgeordneten zugenommen. Und persönlich steht Jadin in ihrer dritten Legislatur aufgrund ihrer Erfahrungen mehr in der Verantwortung als vorher.

Aus Brüssel berichtet Gerd Zeimers